



Von der Arbeiterfrage zur Neuen Sozialen Frage

Eine christlich-soziale Zeittafel von 1835 bis heute

1835

Der katholische Sozialphilosoph Franz von Baader (1765 bis 1841) veröffentlicht eine Denkschrift über das "Proletariatsproblem". Sie gilt als erste wissenschaftliche Analyse des Industriesystems. Darin fordert er die "Einbürgerung des Proletariats in die Gesellschaft" durch Mitbestimmung und Mitverantwortung sowie über eine angemessene Vertretung der Arbeiter in den ständischen Parlamenten. Er prägt die Begriffe "Proletariat" und "Christlich-Sozial".

1837

Der bildungspolitische Sprecher des "Katholischen Clubs" im badischen Landtag Franz-Josef Buß (1803-1878), greift in seiner Jungfernrede das Problem des Arbeiterschutzes auf. Seine "Fabrikrede" war die erste sozialpolitische Initiative in einem deutschen Parlament. Der Erzbischof von Köln, Klemens August Droste zu Vischering, wird von der preußischen Regierung verhaftet. Die Katholiken beginnen sich zu organisieren. Der junge Jurist von Ketteler scheidet aus Protest am 26. Mai 1838 aus dem preußischen Staatsdienst aus.

1842

Zentrumsabgeordneter Peter Franz Reichesperger (1819-1892) proklamiert ein christlich-soziales Reformprogramm. Er fordert Arbeitszeitverkürzungen, das Verbot der Kinderarbeit, Mitbestimmung und die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer.

1845

Meister Thiel und Lehrer Gregor Bauer gründen in Elberfeld den ersten Gesellenverein. Adolph Kolping wird in Köln zum Priester geweiht.

1846

Hungersnot in Deutschland. Immer mehr Menschen fliehen vom Land in die Städte. Es existieren über 300 Großwebereien mit 45 000 Arbeitern.

1847

Adolph Kolping wird zum Gesellenpräses berufen.

1848

Die Märzrevolution bringt erste Ansätze der Koalitionsfreiheit. Wichern gründet die "Innere Mission", mit der die evangelischen Kirchen ein weit gespanntes Sozialnetz knüpfen. Vom 3. bis 5. Oktober veranstaltet Franz-Josef Buß den ersten katholischen Verbändetag in Mainz. Sein Hauptredner ist der spätere Arbeiterbischof von Ketteler. Er thematisiert die Arbeiterfrage und fordert neben staatlicher Sozialpolitik den Zusammenschluss der Arbeiter in eigenen Gruppen. Wenige Monate vorher wurde von Ketteler für den Wahlkreis Tecklenburg in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Noch im gleichen Jahr gründet sich der "Katholische Verein Deutschlands" als Zusammenschluss aller katholischen Vereine. Als

Zeittafel der CDA

Aufgabe sieht er die "Hebung der herrschenden sozialen Missverhältnisse und Übelstände". Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlichen in London das Kommunistische Manifest. Sie fordern eine Gesellschaft ohne Privateigentum und Klassenunterschiede.

1849

Der erste katholische Arbeiterverein wird in Regensburg gegründet. Sein Name: "St. Joseph Arbeiterverein".

1850

Adolph Kolping gründet den "Rheinischen Gesellenbund". Im selben Jahr wird von Ketteler Bischof von Mainz. Nach einer Untersuchung sind in den deutschen Provinzen 51 Prozent der Fabrikarbeiter Frauen und Kinder. Die linksliberale Fortschrittspartei gründet in Sachsen "Arbeiterbildungsvereine". In Deutschland leben 35,4 Millionen Menschen. Die Industrialisierung macht große Fortschritte. Die Länge des Eisenbahnnetzes beträgt 6000 km.

1851

Am 16. März wird der deutsche Sozialreformer Franz Hitze in Hanemicke bei Olpe geboren. Schon als Schüler schreibt er über soziale Probleme. Als Student veröffentlicht er sein Buch: "Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung".

1854

Durch einen Bundesratsbeschluss müssen alle Arbeitervereine wieder aufgelöst werden. Ein Landarbeitergesetz bestraft Streik mit Gefängnis.

1864

Von Kettelers Hauptwerk erscheint: "Die Arbeiterfrage und das Christentum". Seine Forderungen: Produktionsgenossenschaften, Bildung, Unterstützungskassen bei Invalidität, Koalitionsfreiheit und der Aufbau von Arbeitervereinen. Er plant die Gründung einer Volksbank und führt einen anonymen Briefwechsel mit Ferdinand Lassalle. Sein Ziel sind gemeinsame Genossenschaften.

1869

Von Ketteler verkündet auf der Liebfrauenheide bei Offenbach vor 10 000 Arbeitern sein Reformprogramm. Es enthält u.a. Forderungen nach einer systematischen Sozialpolitik, Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung, Arbeitszeitverkürzung, Streikrecht, gerechten Löhnen und dem Verbot der Kinderarbeit. Die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" wird gegründet. Karl Marx schreibt Friedrich Engels: "Auf meiner Tour durch Belgien mit Aufenthalt in Aachen und Fahrt den Rhein herauf habe ich mich überzeugt, dass speziell in den katholischen Gegenden energisch gegen die Pfaffen losgegangen werden muss. (...) Die Hunde kokettieren - zum Beispiel Bischof Ketteler in Mainz - wo es passend erscheint, mit der Arbeiterfrage."

1870

Das "Soester Programm" der Deutschen Zentrumspartei fordert die "gesetzliche Beseitigung solcher Übelstände, welche die Arbeiter mit moralischem oder körperlichem Ruin bedrohen".

1871

Von Ketteler wird im Wahlkreis Tauberhofsheim in den Reichstag gewählt. Preußen beginnt den "Kulturkampf" gegen die von Reichskanzler Otto von Bismarck als "aufrührerisch"

Zeittafel der CDA

bezeichnete katholische Kirche. Neben Kanzelzensur und Schulaufsicht erlässt Bismarck mehrere Gesetze mit dem Ziel, ihre politische Arbeit zu bekämpfen.

1872

In Mönchengladbach führt der katholische Industrielle Franz Brandts in seinem Unternehmen den ersten Betriebsrat ein.

1875

Der "Düsseldorfer Kongress" christlich-sozialer Vereine fordert die Aufstellung von Arbeiterkandidaten für den Deutschen Reichstag. In Gotha vereinigen sich der von Ferdinand Lassalle gegründete "Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" und die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands".

1877

Die christlich-sozialen Vereine in Essen stellen einen bei der Reichstagswahl erfolgreichen Arbeiterkandidaten auf. Der erste Arbeiter im Reichstag ist der Dreher Gerhard Stötzel. Er bleibt bis 1895 Abgeordneter. Die Zentrumsabgeordneten Graf von Galen und Freiherr von Schorlemer-Alst starten im Reichstag eine Gesetzesinitiative zur Durchsetzung von Arbeitsgerichten, Gesundheitsschutz und des arbeitsfreien Sonntags. In einem Hirtenbrief "Über die christliche Arbeit" fordert von Ketteler die Gründung von Gewerkschaften. Am 13. Juli stirbt er nach einer Romreise im Kapuzinerkloster Burghausen.

1878

Mit den "Sozialistengesetzen" soll die gesamte Arbeiterbewegung, auch die christlichsoziale, mit polizeistaatlichen Mitteln zerstört werden.

1882

Es gründen sich die "Evangelischen Arbeitervereine", die sich 1890 zu einem Gesamtverband zusammenschließen.

1883

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die "Krankenversicherung der Arbeiter" beginnt der Aufbau der deutschen Sozialversicherung. Christlich-soziale Politiker verhindern die Absicht Bismarcks, eine Reichseinheitsversicherung mit Staatsmonopol zu schaffen. Stattdessen setzen sie gegen die Stimmen der SPD-Reichstagsfraktion das Beitragsprinzip mit Rechtsanspruch, Genossenschaftsprinzip auf Gegenseitigkeit und die Selbstverwaltung der Betroffenen durch.

1884

Franz Hitze wird in den Deutschen Reichstag gewählt. Er bleibt bis zu seinem Tode am 20. Juli 1921 Abgeordneter. In dieser Zeit legt er das Fundament des deutschen Sozialstaates. Auf dem Katholikentag in Amberg veröffentlicht Franz Hitze nach der Zerschlagung der christlich-sozialen Vereine durch den Kulturkampf und die Sozialistengesetze "Grundzüge für die Organisation und Gründung katholischer Arbeitervereine". Im Reichstag setzt Bismarck als zweite Säule der Sozialversicherung die Unfallversicherung in Kraft.

1889

Otto von Bismarck und Franz Hitze setzen die dritte Säule der Sozialversicherung, die Rentenversicherung, durch.

Zeittafel der CDA

1890

Der Reichstag beschließt die Gründung von Gewerbeberichten. Die Arbeitsgerichtsbarkeit entwickelt sich. Erste internationale Arbeiterschuttkonferenz in Berlin. Auf Anregung deutscher Sozialpolitiker trafen sich die Vertreter von 14 Staaten, um die Voraussetzungen für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu besprechen. Kaiser Wilhelm II. bittet Franz Hitze um die inhaltliche Vorbereitung. Der katholische Unternehmer Franz Brandts und Franz Hitze gründen in Mönchengladbach den "Volksverein für das katholische Deutschland", in dem sich klassenübergreifend katholisch-soziale Menschen organisieren. Er leistet Bildungs- und Beratungsarbeit, erstellt Publikationen und organisiert bald über eine Million Mitglieder.

1891

Papst Leo XIII. unterzeichnet das erste soziale Weltrundschreiben "Rerum novarum" über den "Geist der Neuerung" und die Arbeiterfrage. Es skizziert einen eigenständigen Dritten Weg, jenseits der "Gottlosigkeit des Kapitals" und der "Gottlosigkeit der Arbeit". Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion verabschiedet der Reichstag ein Arbeiterschutzgesetz, an dem vor allem Franz Hitze mitwirkte. Es regelt Mindestlöhne, den arbeitsfreien Sonntag, das Verbot der Kinderarbeit, Schutzbestimmungen und das Verbot der Entlohnung in Naturalien.

1894

August Brust gründet in Dortmund den "Gewerkverein christlicher Bergarbeiter".

1897

Franz Hitze beteiligt sich an der Gründung des Caritasverbandes.

1899

In Mainz findet der erste "Christliche Gewerkschaftskongress" statt. Er verabschiedet die "Mainzer Leitsätze". Protestanten und Katholiken sollen sich gemeinsam in den Gewerkschaften organisieren. Jede parteipolitische Bindung wird abgelehnt.

1901

In Köln gründet sich der "Gesamtverband christlicher Gewerkschaften". Generalsekretär wird Adam Stegerwald.

1903 Erster deutscher Arbeiterkongress in Frankfurt/Main. Veranstalter sind alle christlichsozialen Organisationen, die in diesem Jahr über eine Million Mitglieder hatten.

1904

Im Reichstag fordert die Zentrumspartei eine Arbeitszeitverkürzung auf den Zehn-Stunden-Tag. Der Abgeordnete Dr. Bäumer von den Konservativen lehnte strikt ab. Sein Argument: "Einen Maximalarbeitstag für Männer halte ich überhaupt für eine Ungerechtigkeit demjenigen gegenüber, der arbeiten will und seine Arbeitskraft genügend auszunutzen bestrebt ist. Vom zehnstündigen wird es auf den neunstündigen und schließlich so weit bis zum einstündigen Arbeitstag kommen."

1911

Franz Hitze fasst die Sozialversicherungen in der "Reichsversicherungsordnung" (RVO) zusammen. Ihr Umfang beträgt über 2000 Paragraphen. Sie ist das größte Gesetzeswerk ihrer Zeit.

Zeittafel der CDA

1912

Mit der Gewerkschafts-Enzyklika "Singulari quadam" beendet Papst Pius X. den Streit darüber, ob Katholiken gemeinsam mit Protestanten Gewerkschaftsarbeit leisten dürfen. Die bisher geltende Missbilligung wird durch ein Tolerieren (tolerari potest) aufgehoben.

1914

Auf dem Verbandstag der katholischen Arbeitervereine in Essen gründen sich "Politische Komitees", die sich als parlamentarischer Arm der Christlich-Sozialen verstehen und die Politik der Zentrumspartei beeinflussen. Sie gelten als Vorläufer der CDA.

1917

In Bochum fordern trotz Demonstrationsverbots 50 000 katholische Arbeitnehmer den Ersatz des Dreiklassenwahlrechtes durch gleiche und geheime Wahlen.

1919

Auf Bitten der Gewerkschaften wird im Versailler Vertrag die Gründung einer Internationalen Arbeitsorganisation unter dem Dach des Völkerbundes beschlossen. In der Präambel, die heute noch für die Nachfolgeorganisation ILO gilt, heißt es, dass der Weltfriede auf Dauer nur bei sozialer Gerechtigkeit zu erreichen ist.

1920

In Deutschland wird das weltweit erste Betriebsrätegesetz verabschiedet. Heinrich Brauns formulierte es. Als Priester und Zentrumspolitiker übersteht er bis 1928 mehrere Regierungswechsel. Erst Bundesarbeitsminister Norbert Blüm übertrifft in der Bonner Republik seinen Amtszeitrekord. Auf dem Essener Kongress christlicher Gewerkschafter fordert Adam Stegerwald erstmals eine Volkspartei, die christlich, demokratisch und arbeitnehmerfreundlich sein soll.

1923

Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns führt die Arbeitszeitordnung (AZO) ein.

1925

Am 18. April findet in Belgien der Gründungskongress der von Joseph Cardijn inspirierten christlichen Arbeiter-Jugend statt. In einer Audienz appellierte Papst Pius XI. wenige Wochen vorher an den Arbeiterpriester: "Sie müssen sich anstrengen, nicht nur eine Elite, sondern die Massen der Arbeiter zu organisieren. Die Mitglieder sollen sich durch ihren guten Einfluss auf die Arbeitskollegen verdoppeln, ja verzehnfachen! Jede Arbeiterseele ist unendlich wertvoll." Als Zeitschrift für die Arbeiterjugend gründet sich in Deutschland die "Werkjugend". Sie wird zur Keimzelle einer integrierten Jugendarbeit in der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung.

1926

Heinrich Brauns führt die Arbeitsgerichte als eigenen Zweig der deutschen Gerichtsbarkeit ein.

1927

Als nächstes Werk setzt Heinrich Brauns die Arbeitslosenversicherung und die staatliche Arbeitsverwaltung durch.

Zeittafel der CDA

1928

Im Kölner Gürzenich gründet sich die "Katholische Arbeiter-Internationale". Als Hauptreferent entwickelt KAB-Verbandssekretär Bernhard Letterhaus sein Konzept einer Wirtschaftsdemokratie.

1932

In einem offenen Brief warnt der KAB-Verbandspräsident Dr. Otto Müller Reichskanzler von Papen und Reichspräsident von Hindenburg vor den Gefahren des Nationalsozialismus.

1933

Erarbeitung von Richtlinien zur Bildung demokratischer Einheitsgewerkschaften zwischen Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen und Sozialliberalen. Am 2. Mai schalten die Nationalsozialisten alle freien Gewerkschaften aus.

1937

Der Vatikan veröffentlicht eine Enzyklika, die sich mit den in Deutschland herrschenden Verhältnissen auseinandersetzt. "Mit brennender Sorge" sind die ersten Worte dieser Verlautbarung. Darin verurteilt Papst Pius XI. die Rassenideologie der Nationalsozialisten und die daraus resultierende Euthanasie.

1938

Die Provisorische Leitung der "Bekennenden Kirche" beruft das "Freiburger Konzil evangelischer Wissenschaftler" ein. Der Auftrag: Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die nach Beseitigung der Hitlerdiktatur in Deutschland eingeführt werden kann und sich am christlichen Menschenbild orientiert.

1943

Für das "Freiburger Konzil evangelischer Wissenschaftler" formulieren die ordoliberalen Ökonomen Walter Eucken und Alfred Müller-Armack die Beratungsergebnisse in der Denkschrift: "Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbestimmung des christlichen Gewissens in den Nöten unserer Zeit". Sie ist die Geburtsurkunde der Sozialen Marktwirtschaft.

1944

Am 20. Juli versuchen einige Militärs, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale durch ein Attentat, Hitler zu beseitigen. Im Vorfeld wurde der KAB-Präsident Dr. Otto Müller beauftragt, mit dem Vatikan die Kriterien für den Tyrannenmord zu besprechen und ihn als moralische Autorität für einen schnellen und gerechten Frieden mit den Kriegsgegnern zu gewinnen. Die erste Anfrage wird von Papst Pius XII. ausweichend beantwortet, er sichert jedoch zu, dass er sich für einen würdigen Verhandlungsfrieden einsetzen werde. Das Attentat misslingt. In einem letzten Rachefeldzug vernichtet Hitler einen Großteil des deutschen Widerstandes.

1945

Im Juni öffnet das "Büro Albers" auf der Breite Straße in Köln. Es wird zur Anlaufstelle für die ehemaligen christlichen Gewerkschafter und zum Koordinationsbüro für die Gründung der Union. Im gleichen Monat veröffentlichen Leo Schwering und Johannes Albers mit Unterstützung der Dominikaner des Klosters Walberberg einen "Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes". Es ist die erste programmatische Aussage der Union. Darin fordern sie einen "wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen".

Zeittafel der CDA

gen, die dem Wesen des Menschen von Grund auf widersprechen". Am 14. Dezember startet mit einem Rundschreiben an christliche Gewerkschafter Johannes Albers die Sammlung des "gesamten christlichen Werkvolkes auf gemeinsamer politischer Plattform".

1946

Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) werden im Kolpinghaus Herne gegründet. Ihr erster Vorsitzender wird Jakob Kaiser. In der britischen Zone gründet sich die CDU, ihr Vorsitzender wird der ehemalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Jakob Kaiser, Andreas Hermes und Ernst Lemmer veröffentlichen den "Berliner Gründungsauftrag" zur Bildung der Christlich Demokratischen Union in der sowjetischen Besatzungszone.

1947

Die CDU der britischen Zone verabschiedet das "Ahlener Programm". Es betont die Kapitalismuskritik und fordert die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold erhebt das Parteiprogramm zur offiziellen Regierungspolitik und lässt seine zentralen Forderungen im Düsseldorfer Landtag beraten.

1948 Die evangelischen Meister- und Gesellenvereine werden im Ruhrgebiet neu organisiert. Carl Günther Schweitzer gründet die Evangelische Sozialakademie Friedewald.

1949

In ihren "Düsseldorfer Leitsätzen" bekennt sich die CDU zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Als Grundlage für die tarifvertragliche Regelung von Arbeitsbedingungen tritt am 9. April das Tarifvertragsgesetz in Kraft. Im Mai verabschiedet der Parlamentarische Rat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Seine Präambel nimmt Bezug zum christlichen Menschenbild; darauf aufbauend stehen die ersten 20 Menschenrechtsartikel unveräußerlich am Anfang. Am 14. August gewinnen CDU und CSU mit 31 Prozent die Bundestagswahl. Konrad Adenauer wird Bundeskanzler. Im Oktober schließen sich die Gewerkschaftsbünde der amerikanischen, britischen und französischen Zone zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammen. Er orientiert sich am Konzept der demokratischen Einheitsgewerkschaft, das im April 1933 von den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) erarbeitet wurde. Erstmals organisieren sich freiheitliche Sozialisten, Sozialdemokraten, Christlich-Soziale und Sozial-Liberale in einer Gewerkschaft. Erster Vorsitzender wird Hans Böckler. Nach einem Streit über den Angestelltenstatus gründet sich als eigenständige Organisation die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG). Der Bochumer Katholikentag fordert in seiner Abschlussresolution: "Das Mitbestimmungsrecht gehört zu dem natürlichen Recht in gottgewollter Ordnung und ist zu bejahen wie das Recht auf Eigentum."

1950

Ein Jahr nach dem Wahlsieg auf Bundesebene gründet sich die CDU Deutschlands in Goslar. Die Bundesregierung verabschiedet zur Ankurbelung der Bauwirtschaft und um die durch Kriegszerstörungen herrschende Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen das erste Wohnungsbaugesetz. Durch das am 19. Juni verabschiedete Heimkehrergesetz und das Bundesversorgungsgesetz vom 20. Dezember erhalten über vier Millionen Kriegsversehrte, Kriegshinterbliebene und Kriegswaisen finanzielle Hilfen.



Zeittafel der CDA

1951

Am 22. Januar wird die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung gesetzlich verankert. Nach Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften und innerhalb der Union zwischen Konrad Adenauer und Karl Arnold tritt am 21. Mai die Montan- Mitbestimmung in Kraft. Im Kohle- und Stahlbereich erhalten die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter paritätische Mitbestimmungsrechte. Auf dem Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe entwickelt Karl Arnold einen "Vier-Pfennig-Plan", mit dem er die Diskussion über den Investivlohn eröffnet. Der Kündigungsschutz wird gesetzlich verankert. Wirtschaftsminister Ludwig Erhard führt eine zeitlich befristete Investitionshilfeabgabe ein. Alle Gewerbebetriebe müssen von ihrer Bruttogewinnsumme eine Abgabe für die Sicherstellung der Energieversorgung entrichten.

1952

Der Mutterschutz wird am 24. Januar gesetzlich geregelt. Die Betriebsverfassung, die Arbeitnehmervertretern in Gewerbebetrieben Mitbestimmungsrechte sichert, wird Gesetz. Der Bundestag beschließt die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung. Das Lastenausgleichsgesetz ermöglicht die Entschädigung für durch Kriegseinwirkung verlorengegangenes Vermögen. In Gelsenkirchen gründet sich die Evangelische Arbeiter-Bewegung (EAB).

1953

Arbeits- und Sozialgerichte werden neu gegründet. Das Bundesvertriebenengesetz ermöglicht die Wiedereingliederung von über sechs Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen.

1954

Mit dem Bundeskindergeldgesetz beginnt die gezielte Förderung kinderreicher Familien. Das Kindergeld wird zunächst ab dem dritten Kind ausgezahlt.

1955

Nach dem Muster der Betriebsverfassung wird im Öffentlichen Dienst das Personalvertretungsrecht eingeführt.

1957

Die erste große Rentenreform koppelt die Rentenleistungen an die Lohnsteigerungen. Für Arbeiter und Angestellte wird das Rentenrecht vereinheitlicht. Nach der Sanierungsphase von Volkswagen, Veba und Preussag startet die Bundesregierung deren Sozialprivatisierung durch Volksaktien.

1959

Zur privaten Bildung von Eigentum und Vermögen erlässt die Bundesregierung das Sparprämien-gesetz.

1960

Das Jugendarbeitsschutzgesetz regelt den Schutz junger Menschen am Arbeitsplatz. Sieben christlich-soziale Verbände führen in Köln einen Arbeitnehmerkongress durch. Hauptredner ist Bundespräsident Heinrich Lübke. Der Arbeitnehmerkongress fordert die Lohnfortzahlung für Arbeiter bei Krankheit und ein soziales Bodenrecht.



Zeittafel der CDA

1961

Konrad Adenauer setzt das Bundessozialhilfegesetz und die erste Stufe des Vermögensbildungsgesetzes durch. Das Kindergeld wird nun ab dem zweiten Kind durch eine Kindergeldkasse gezahlt. Das Jugendwohlfahrtsgesetz wird verabschiedet.

1963

Der Bundestag beschließt das Bundesurlaubsgesetz.

1964

Die Erhard-Regierung beschließt das Gesetz zur Förderung des freiwilligen sozialen Jahres für junge Menschen.

1965

Bundeskanzler Ludwig Erhard führt das Wohngeld ein. Die unentgeltliche Beförderung von Behinderten im Nahverkehr wird geregelt. Witwen, deren Männer im Krieg gefallen sind, erhalten einen eigenen Rentenanspruch.

1967

Die CDU-Sozialausschüsse verabschieden auf der 12. Bundestagung in Offenburg ihr Grundsatzprogramm, die "Offenburger Erklärung". Darin fordern sie eine "offene und solidarische Gesellschaft", in deren Mittelpunkt der Mensch steht: "Der Mensch ist wichtiger als die Sache. Seine Arbeit hat Vorrang vor allen anderen Werten (...). Leistung ist wichtiger als Besitz."

1968

In der großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD formuliert der CDA- Bundesvorsitzende und Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hans Katzer, das Arbeitsförderungsgesetz. Er setzt ...

1969

... die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall gesetzlich durch. Am 12. Juli beschließt der Deutsche Bundestag das Berufsbildungsgesetz.

1970

Die CDU-Sozialausschüsse legen Musterregelungen für die Gründung von Arbeitskammern vor. Sie sollen in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Bildungs- und Informationsaufgaben übernehmen.

1973

Die CDA-Nachwuchsorganisation "Junge Arbeitnehmerschaft" veröffentlicht nach heftigen Debatten ihr Grundsatzprogramm "Radikale Evolution". Konfliktthema ist die Bodenreform. Eine starke Minderheit unterliegt mit der Forderung: "Grund und Boden sind Gemeineigentum. Nutzungsrechte können gewährt werden."

Zeittafel der CDA

1975

Der KAB-Bundesverband beschließt in seinem "Familienpolitischen Minimalprogramm" die Dynamisierung des Kindergeldes sowie die Forderung nach einem kindergerechten sozialen Wohnungsbau.

1976

Die sozialliberale Koalition verabschiedet das Mitbestimmungsgesetz für Kapitalgesellschaften außerhalb der Montanwirtschaft mit mehr als 2000 Beschäftigten. Die Kapitalseite erhält bei Stimmgleichheit im Aufsichtsrat, der paritätisch besetzt ist, eine zusätzliche Stimme und so das Übergewicht. Die Forderung der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Deutschen Bundestag, die volle Parität einzuführen, wird von der SPD aus Koalitionsrason abgelehnt.

1977

Der KAB-Bundesverband entwickelt ein neues Unternehmensrecht. Arbeitnehmer sollen über ihre Arbeitsleistung am Kapital beteiligt werden. Begründung: "Kapital und Arbeit bringen in ihrem Zusammenwirken das Unternehmensergebnis hervor. Deshalb sollen auch beide Trägergruppen, die ihre Leistungen im Unternehmen einbringen, gleichberechtigt über die Ziele des Sozialgebildes Unternehmen bestimmen." Die "Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer" (EUCDA) gründet sich in Brüssel. Erster Präsident wird Hans Katzer.

1978

Auf einem sozialetischen Kongress der KAB Süddeutschlands in Speyer erklärt Pater Edgar Nawroth OP, dass grundsätzlich die "Personenbezogenheit der Arbeit höher einzustufen ist als die Kapitalbezogenheit".

1980

Der KAB-Bundesvorsitzende Alfons Müller überreicht Bundeskanzler Helmut Schmidt über eine Million Unterschriften zur Forderung: "Wer Kinder erzieht, hat Rente verdient". Aufgrund "knapper Kassen" lehnt die sozialliberale Bundesregierung die Einführung neuer sozialer Leistungen kategorisch ab.

1986

Durch die Einführung von Erziehungsgeld, Rentenansprüchen für Erziehungsleistung und Erziehungsurlaub wird durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl erstmals die erzieherische Arbeit der Eltern mit einem "gesellschaftlichen Lohn" materiell anerkannt.

1987

Die CDA beschließt auf ihrer Hamburger Bundestagung das Programm "Arbeit für alle". Darin auch die Forderung nach einem "gesetzlichen Vorkaufsrecht für Belegschaften", wenn deren Betriebe veräußert, aufgelöst oder in Konkurs gehen sollten. Die "Kreditanstalt für Wiederaufbau" soll zinsgünstige Darlehen bereitstellen.

1988

Erarbeitet durch den Wissenschaftlichen Beirat der KAB legt ihr Bundesvorsitzender Alfons Müller, MdB, vor Journalisten in Bonn einen Mustertarifvertrag für den Investivlohn vor.

Zeittafel der CDA

1989

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, setzt im Rahmen seiner Gesundheitsreform den gesetzlichen Anspruch auf Pflegeurlaub und Pflegegeld für die häusliche Pflege in Kraft. Neben der Erziehungsleistung entwickelt sich die Pflegeleistung als Mosaikstein einer Neubewertung der Arbeit. Gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten, die bis dahin im Sozialprodukt des Wirtschaftens nicht erfasst wurden, sollen ideell und materiell aufgewertet werden.

Durch große Demonstrationen und vielfältige Formen des passiven Widerstandes stürzt das Volk die SED-Diktatur in der DDR. Abrüstungs- und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann sorgt dafür, dass aus Kasernen der "Nationalen Volksarmee" (NVA) die ersten Arbeits- und Sozialämter werden. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vereinbart. Am 3. Oktober führt der erste und letzte frei gewählte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) mit einer achtzigprozentigen Zustimmung der Bevölkerung die DDR in den sozialen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung Kohl verabschiedet das Jugendhilfegesetz. Im Dezember fordern der CDA-Bundesvorsitzende Ulf Fink und der sachsenanhaltinische Arbeitsminister Werner Schreiber auf einer Pressekonferenz in Bonn einen "Aufbau-Pakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften".

1991

Ulf Fink, Hans Katzer und Georg Leber fordern im Juli vor der Bundespressekonferenz in Bonn ein Investivlohngesetz.

1992

Nach einem parteiübergreifenden Rentenkonsens zwischen Bundesregierung und SPD werden erstmals häusliche Pflegeleistungen im Rentenrecht anerkannt. Die CDA startet ihre Durchsetzungskampagne "Pflegeversicherung jetzt!" Von einer zentralen Kundgebung in Bonn ausgehend solidarisieren sich 16 Gewerkschaften, Sozialverbände, Berufsorganisationen, Vereinigungen und Initiativen mit der Forderung nach einer Sozialversicherungslösung. Vor Ort finden über 1000 dezentrale Veranstaltungen zur Pflegeversicherung statt.

1993

Der von der CDA erstmals geforderte Aufbaupakt nimmt im Rahmen der von Bundeskanzler Helmut Kohl gestarteten Solidarpaktgespräche Gestalt an. Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften vereinbaren konzertierte Maßnahmen zur Gestaltung der sozialen Einheit Deutschlands.

1994

Im März verabschiedet die CDA auf ihrem Bundesausschuss ein "26-Punkte-Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung": Darin fordert sie eine zweite Phase des Solidarpaktes. Bundestag und Bundesrat verständigen sich nach heftigen Attacken durch die Arbeitgeberverbände auf die Einführung der sozialen Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung. Bundeskanzler Helmut Kohl nutzt seine EU-Präsidentschaft, um die Einrichtung europäischer Betriebsräte gesetzlich zu verankern.

1995

Die soziale Pflegeversicherung tritt in Kraft. Bundeskanzler Helmut Kohl startet die zweite Phase des Solidarpaktes. Der vermögenspolitische Experte der CDU/CSU-

Zeittafel der CDA

Bundestagsfraktion, Wolfgang Vogt, stellt im April gesetzesreife Vorlagen zur Förderung einer investiven Einkommenspolitik vor. Die Bundesregierung verständigt sich auf eine Erhöhung des Kindergeldes und des wahlweise ermöglichten steuerlichen Kinderfreibetrages. Der bisherige Familienlastenausgleich soll zu einem Leistungsausgleich weiterentwickelt werden.

1996

Der Deutsche Bundestag beschließt am 27. September das Gesetz über Europäische Betriebsräte. Mit der Umsetzung des Entsendegesetzes soll in der Bauwirtschaft der gleiche Mindestlohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort durchgesetzt werden.

1997

KAB, Kolping, CDA, CSA und CGB starten am 1. Januar die Kampagne "Investivlohn Jetzt!" Träger der Kampagne ist das Magazin "Soziale Ordnung". CDA und CSA vereinbaren gemeinsame Arbeitskreise, Konferenzen und einen Dachverband mit dem Ziel einer stärkeren gegenseitigen Integration. Auf der Magdeburger Bundestagung kündigt der CDA-Bundeschef Rainer Eppelmann in Anwesenheit von Wolfgang Schäuble, einen Gruppenantrag an, wenn die Union kein Investivlohngesetz einbringt. Erstmals verleiht die "Soziale Ordnung" einen Zukunftspreis an Bundesminister Jürgen Rüttgers.

1998

Der Deutsche Bundestag beschließt am 30. April das 3. Vermögensbildungsgesetz mit dem Schwerpunkt der Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivkapital. Die christlich-liberale Koalition findet bei der Bundestagswahl keine Mehrheit. Eine rot-grüne Koalition kommt ins Amt. Norbert Blüm scheidet als Arbeitsminister aus.

1999

Die CDA beschließt auf ihrer Bundestagung in Lübeck die „Lübecker Erklärung“. Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion arbeitet auf Initiative der CDA am „Familiengeld“.

2001

Hermann-Josef Arentz wird CDA-Bundeschef. Rainer Eppelmann wird Ehrenvorsitzender.

2005

Jürgen Rüttgers gewinnt mit der CDU die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Nach 39 Jahren wird die SPD abgelöst und eine Koalition aus CDU und FDP übernimmt die Landesregierung. Karl-Josef Laumann wird Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen sowie CDA-Bundeschef.

Im Herbst wird die Union unter Führung Angela Merkels bei vorgezogenen Bundestagswahlen stärkste politische Kraft. Angela Merkel wird Bundeskanzlerin einer Großen Koalition. CDA-Mitglied Dr. Ursula von der Leyen wird Familienministerin. Der stellvertretende CDA-Bundeschef Dr. Ralf Brauksiepe wird sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

2006

Karl-Josef Laumann und Gerald Weiß setzen innerhalb der CDU das Thema „Mitarbeiterkapitalbeteiligung“ wieder auf die Tagesordnung. Die Partei richtet dazu eine Arbeitsgruppe ein,



Zeittafel der CDA

die Karl-Josef Laumann leitet. Die CDA feiert in Köln ihr 60-jähriges Bestehen im Rahmen einer Veranstaltung mit der Bundeskanzlerin. Ingrid Sehrbrock, stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende, wird stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf dem Dresdner CDU-Parteitag setzt die CDA wichtige Anträge zugunsten von Langzeitarbeitslosen durch.

2007

Auf ihrer Bundestagung in Karlsruhe setzt die CDA einen Diskussionsprozess über das Grundsatzpapier „Würde – Teilhabe – Gerechtigkeit“ in Gang. Karl-Josef Laumann wird in seinem Amt als CDA-Bundesvorsitzender bestätigt. Die CDU beschließt auf ihrem Parteitag in Hannover ein neues Grundsatzprogramm, in dem die CDA wichtige Akzente setzen konnte – etwa ein Bekenntnis zu Arbeitnehmerrechten, zu Mitbestimmung und Tarifautonomie. Unter tatkräftiger Mitwirkung der CDA beschließt die Große Koalition einen tariflichen Mindestlohn für Briefzusteller.

2008

Auf ihrem Bundesausschuss in Hannover im Mai beschließt die CDA das Papier „Würde – Teilhabe – Gerechtigkeit“ als „Hannoveraner Leitsätze“. Die CDA startet ihre Kampagne „kind.gerecht.“ gegen ausbeuterische Kinderarbeit, für die sie viele Partner – an der Spitze die CDU-Vorsitzende Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel – gewinnt.

2009

Die Große Koalition ändert das Arbeitnehmerentendegesetz und das Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen zugunsten tariflicher Mindestlöhne. Konkret verständigt sich die Koalition auf die Einführung tariflicher Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz in sechs weiteren Branchen, u.a. für die Pflegebranche. Am 1. April tritt eine deutlich verbesserte Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Kraft. Die CDA hatte das zunächst in der CDU, dann in der Union und schließlich in der Großen Koalition durchgesetzt.